

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	4
ERASMUS+ - zweite Antragsrunde für Strategische Partnerschaften.....	4
■ Öffentliche Konsultationen	6
Stärkung von Kinderrechten.....	6
■ EU-Politik.....	7
Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa 2020.....	7
EU mobilisiert Hilfslieferungen für Geflüchtete auf Lesbos	7
Coronakrise: Erprobung des Datenabgleichsdienstes.....	8
Nach Brand in Moria: Dringen auf gemeinsame europäische Migrationspolitik	8
Vereinigtes Königreich: EU rüstet sich für alle Szenarien ..	9
Kommission unterstützt entscheidende Plasma-Forschung zur Behandlung von COVID-19.....	9
Deutschland verzeichnet mit 22 Mrd. Euro EU-weit drittgrößte Mehrwertsteuerlücke.....	10
Coronavirus-Krise: WHO und Kommission rufen Förderrat zur Stärkung der globalen Zusammenarbeit ins Leben.....	10
Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern	11
Kommission legt erstmalig strategische Vorausschau vor.....	12
Coronavirus: Kommission ergänzt Impfstoffportfolio	12
Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Klimawandel in Europa.....	13

207 bahnbrechende Innovationen zur Corona-Krisenreaktion ausgezeichnet	13
EU-Verhaltenskodex gegen Hetze im Netz: Auch TikTok macht mit	14
Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt	14
Coronavirus: Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit in der EU	15
Schutz des EU-Haushalts vor Betrug weiter verbessert ...	16
Online-Dialogreihe zur Zukunft Europas gestartet	16
Kampf gegen Drogen: Verbot von Isotonitazen	17
Junge Übersetzer*innen - Übersetzungswettbewerb 2020	17
EU und Deutschland unterstützen Reaktion der Afrikanischen Union auf die Coronavirus-Pandemie.....	18
Libanon: EU liefert weitere Hilfsgüter als Reaktion auf die Explosion in Beirut	18
Weltweite Corona-Krisenreaktion: globaler Impfstoffzugang	19
Hilfsprogramm für die türkisch-zyprische Gemeinschaft .	19
Coronakrise: SURE –Bereitstellung von 81,4 Mrd. Euro für 15 Mitgliedstaaten vorgeschlagen	19
Europäische Bürgerinitiative: Registrierung der Initiative „Right to Cure“	20
COVID-19: Intensivmedizinische Weiterbildung in Krankenhäusern.....	21
Coronavirus: Verlängerung für die Kulturhauptstädte Europas bis 2021	22
Welttag der humanitären Hilfe	22
■ Veranstaltungen.....	24
Europäische Woche der Regionen und Städte 2020.....	24

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe September 2020 ist der 15.09.2020.

■ Ausschreibungen

ERASMUS+ - zweite Antragsrunde für Strategische Partnerschaften

Die Europäische Kommission hat eine zweite Antragsrunde zu den „Erasmus+ - Strategischen Partnerschaften“ veröffentlicht. Prioritäre Themen des Aufrufs sind „Innovative Praktiken im digitalen Zeitalter“ sowie die „Entwicklung von Fertigkeiten und Integration durch Kreativität und Kunst“. Die Einreichfrist endet am **29.10.2020**.

Die COVID-19-Pandemie hat nicht nur die Art und Weise eingeschränkt, in der Menschen miteinander interagieren und ihre grundlegenden Alltagsaufgaben ausführen können, sondern auch das Lehren und Lernen in allen Bildungsbereichen verändert. Der Zugang zu Bildung erweist sich in einer für unsere Gesellschaften derart schwierigen Zeit mehr denn je als Voraussetzung, um Chancengleichheit für Menschen aller Hintergründe zu fördern.

Mit der zweiten Antragsrunde möchte die Europäische Kommission auf die aus der COVID-19-Pandemie resultierenden Umstände reagieren. Sie will Innovationen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in den Bereichen Jugend und Sport vorantreiben. Die Chancen für die persönliche, soziale, bildungsbezogene und berufliche Entwicklung von Menschen in Europa und darüber hinaus sollen verbessert werden, damit niemand den Anschluss verliert.

Daher wird mit dem Programm „Erasmus+“ im Jahr 2020 ausnahmsweise Folgendes unterstützt:

Bereiche Schulbildung, berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Hochschulbildung:

Partnerschaften zur Förderung der Bereitschaft für digitale Bildung:

Ziel dieser Projekte ist, die Systeme für allgemeine und berufliche Bildung so umzugestalten, dass die Herausforderungen, die durch die abrupte Umstellung auf Online- und Fernunterricht entstanden sind, bewältigt werden; dies beinhaltet ebenfalls, dass Lehrkräfte beim Aufbau digitaler Kompetenzen unterstützt werden und die integrative Komponente von Lernangeboten erhalten bleibt.

Bereiche: Jugend, Schul- und Erwachsenenbildung:

Die COVID-19-Krise hat die Kultur- und Kreativbranchen besonders hart getroffen. Mit Partnerschaften für Kreativität sollen Organisationen im Bereich der formalen, informellen und nichtformalen Bildung dazu angeregt werden, gemeinsam mit Akteur*innen der Kreativ- und Kulturbranchen darauf hinzuwirken, dass ein stärkeres europäisches Bewusstsein entsteht und Menschen aktueller und künftiger Generationen unabhängig von ihrem sozialen und kulturellen Hintergrund zu erfolgreichen Innovatoren in ihrem lokalen Umfeld werden können.

Entwicklung von Fertigkeiten und Integration durch Kreativität und Kunst:

Vorrang erhalten ferner Bildungsmaßnahmen und lebenslanges Lernen, informelles und nichtformales Lernen und Jugendarbeit (auch digitale Jugendarbeit) mit einer kulturellen und kreativen Komponente. So soll jungen Generationen und Fachkräften geholfen werden, sich Fertigkeiten und Kompetenzen, darunter auch digitale Kompetenzen, anzueignen, die Kreativität in der Bildung fördern. Ebenso sollen Qualität, Innovation und Anerkennung von Jugendarbeit, die das kreative Potenzial junger Menschen fördert, verbessert werden, damit die kulturellen und kreativen Sektoren widerstandsfähiger werden. Vorrangig werden das auch Maßnahmen sein, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen, nachhaltiger Entwicklung und sozialer Integration durch Kunst beitragen können, indem sie Ansätze für einen innovativen, partizipatorischen und interkulturellen Dialog fördern, in deren Rahmen Interessenträger in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Jugend mit Organisationen der kulturellen und kreativen Sektoren verzahnt werden.

Die Projekte müssen zwischen dem 01.03.-30.06.2021 beginnen und eine Laufzeit von 12 bis 24 Monate haben. Alle Projekte müssen am 31.12.2023 beendet sein.

Weitere Informationen: <https://www.na-bibb.de/presse/news/2020/zweite-antragsrunde-erasmus-ka2/> (Berufsbildung, Erwachsenenbildung), <https://www.jugend-in-aktion.de/foerderung/leitaktion-2/strategische-partnerschaften-kultur-antwort-auf-covid-19/> (JUGEND), <https://www.kmk-pad.org/programme/erasmusplus/2014-2020/leitaktion-2-konsortialpartnerschaften/antragstellung.html> (Schulbildung)

■ Öffentliche Konsultationen

Stärkung von Kinderrechten

Wie können Kinderrechte im digitalen Zeitalter gestärkt werden? Welches sind die wirksamsten Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder? Wie kann eine kinderfreundliche Justiz gefördert werden?

Zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen hat die Europäische Kommission eine breite öffentliche Konsultation gestartet. Die eingegangenen Beiträge sollen in die künftige EU-Strategie für die Rechte des Kindes (2021-2024) einfließen, die die Kommission Anfang 2021 vorlegen will.

Die Konsultation läuft bis zum **01.12.2020**.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12454-Delivering-for-children-an-EU-strategy-on-the-rights-of-the-child/public-consultation>

■ EU-Politik

Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa 2020

Die Kommissionsdienststellen haben am 15.09.2020 den [Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa 2020](#) zum Thema soziale Gerechtigkeit und Solidarität veröffentlicht. Er enthält faktengestützte Analysen dazu, wie in der gesamten EU angesichts von Krisen wie der COVID-19-Pandemie sowie struktureller Veränderungen infolge der Bevölkerungsalterung und des grünen und digitalen Wandels mehr Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Im Bericht wird festgestellt, dass die COVID-19-Pandemie tief greifende gesundheitliche, wirtschaftliche, beschäftigungspolitische und soziale Auswirkungen hat und viele der von der EU bereits erzielten Fortschritte gefährdet. Der wirtschaftliche Schock ist in allen Mitgliedstaaten größer als in den Jahren 2008–2009. Die Wirtschaftsleistung ist stark zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit steigt. Besonders stark betroffen sind vor allem schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen, wie Europas Jugend.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1635

EU mobilisiert Hilfslieferungen für Geflüchtete auf Lesbos

Nach dem Großbrand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos unterstützt die EU die Menschen vor Ort mit Hilfslieferungen. Griechenland hatte im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens um Unterstützung gebeten, woraufhin Dänemark, Österreich, Finnland, Schweden und Deutschland Hunderte von Zelten, Decken, Winterausrüstungen und Schlafsäcken angeboten haben.

Das rund um die Uhr erreichbare Notfall-Koordinationszentrum der Europäischen Union steht in regelmäßigem Kontakt mit den griechischen Behörden, um die Situation genau zu überwachen und die Bereitstellung der EU-Hilfe zu erleichtern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200914-hilfslieferungen-lesbos_de

Coronakrise: Erprobung des Datenabgleichsdienstes

Die Kommission entwickelt derzeit einen Datenabgleichsdienst, mit dem nationale Apps in der EU auf interoperable Weise verknüpft werden sollen. Das Potenzial, das solche Kontaktnachverfolgungs- und Warn-Apps bieten, um Coronavirus-Infektionsketten zu unterbrechen und so Menschenleben zu retten, soll so voll ausgeschöpft werden.

Am 14.09.2020 wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht, denn eine Gruppe von Mitgliedstaaten hat nun begonnen, die Infrastruktur zu testen. Die Kommission hat Tests zwischen den Back-End-Servern der offiziellen Apps der Tschechischen Republik, Dänemarks, Deutschlands, Irlands, Italiens und Lettlands und einem neu eingerichteten Gateway-Server aufgenommen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1606

Nach Brand in Moria: Dringen auf gemeinsame europäische Migrationspolitik

Nach seinem Besuch auf der griechischen Insel Lesbos hat Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas am 11.09.2020 die zwingende Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik bekräftigt.

„Die Zeit ist abgelaufen, in der Europa ohne gemeinsame Migrationspolitik leben kann. 2016 haben wir bereits einen Versuch unternommen. Wir sind gescheitert, weil eine Reihe von Regierungen eine europäische Einigung blockiert hat. Die Kosten dieses Nicht-Europas manifestieren sich jetzt auf Lesbos. Moria ist für uns eine starke Mahnung an uns alle hinsichtlich dessen, was wir in Europa ändern müssen“, so Vizepräsident Schinas bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Vizepräsident Schinas bestätigte, dass die Kommission am 30.09.2020 ihre Vorschläge zur neuen Migrations- und Asylpolitik vorstellen werde.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200911-nach-brand-moria_de

Vereinigtes Königreich: EU rüstet sich für alle Szenarien

Die achte Verhandlungsrunde über die künftige Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich endete am 10.09.2020 in London ohne Fortschritte. Besonders beunruhigend für die EU-Seite ist der von der britischen Regierung angekündigte Bruch von Bestimmungen des Austrittsabkommens zur irischen Grenze. Die EU bereitet sich für alle Szenarien ab dem 01.01.2021 vor.

Die EU setzt sich weiterhin für eine ehrgeizige künftige Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich ein.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200911-barnier-nach-verhandlungen-mit-dem-vereinigten-koenigreich-eu-ruestet-sich-fuer-alle-szenarien_de

Kommission unterstützt entscheidende Plasma-Forschung zur Behandlung von COVID-19

Die Kommission wird die Forschung zu Verwendung von Plasma von Patient*innen, die von COVID-19 genesen sind, mit 4 Mio. Euro unterstützen. Das neue Forschungsprojekt SUPPORT-E soll festzustellen, ob die COVID-19-Konvaleszenzplasma-Transfusion - unter Verwendung von Plasma von Patient*innen, die sich von der Krankheit erholt haben - eine wirksame und sichere Behandlung darstellt.

SUPPORT-E wird von der European Blood Alliance (EBA) geleitet und vereint zwölf große Forschungseinrichtungen und klinische Zentren mit Forschungskapazitäten von Weltklasse aus sechs EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Es koordiniert und ermöglicht klinische Studien zu rekonvaleszenten Plasmatransfusionen, die in ganz Europa durchgeführt werden.

Das Projekt ergänzt die [bisherigen EU-finanzierten Forschungs- und Innovationsmaßnahmen](#) und die Aktivitäten in der öffentlichen Gesundheit, die die Kommission mit den Mitgliedstaaten koordiniert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200910-kommission-unterstuetzt-entscheidende-plasma-forschung-zur-behandlung-von-covid_de

Deutschland verzeichnet mit 22 Mrd. Euro EU-weit drittgrößte Mehrwertsteuerlücke

Den EU-Ländern sind im Jahr 2018 schätzungsweise 140 Mrd. Euro an Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (MwSt.) entgangen – so heißt es in einem am 10.09.2020 veröffentlichten neuen Bericht der Europäischen Kommission.

Die „Mehrwertsteuerlücke“ – oder die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen in den EU-Mitgliedstaaten und den tatsächlich eingezogenen Einnahmen – ist damit zwar immer noch extrem groß, hat sich in den letzten Jahren jedoch geringfügig verkleinert. Die Zahlen für 2020 prognostizieren jedoch eine Trendumkehr mit einem potenziellen Verlust von 164 Mrd. Euro im Jahr 2020 aufgrund der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Wirtschaft.

Wie bereits 2017 verzeichnete Rumänien die höchste nationale Mehrwertsteuerlücke: Hier fehlten im Jahr 2018 33,8 % der Mehrwertsteuereinnahmen. Es folgten Griechenland (30,1 %) und Litauen (25,9 %). Am kleinsten waren die Lücken in Schweden (0,7 %), Kroatien (3,5 %) und Finnland (3,6 %). Die höchsten Mehrwertsteuerlücken in absoluten Zahlen wurden in Italien (35,4 Mrd. Euro), im Vereinigten Königreich (23,5 Mrd. Euro) und in Deutschland (22 Mrd. Euro) verzeichnet.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1579

Coronavirus-Krise: WHO und Kommission rufen Förderrat zur Stärkung der globalen Zusammenarbeit ins Leben

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und der WHO-Generaldirektor, Tedros Adhanom Ghebreyesus, haben am 10.09.2020 einen hochrangigen Förderrat ins Leben gerufen und in dessen erster Tagung gemeinsam den Vorsitz geführt; dieses Gremium wird die Arbeit des globalen Kooperationsrahmens ACT-A (Access to COVID-19 Tools Accelerator) anleiten, um die Entwicklung und den Einsatz von Impfstoffen, Tests und Behandlungen gegen COVID-19 zu beschleunigen und die Gesundheitssysteme zu verbessern.

Ziel dieser ersten Tagung war es, den ACT-Accelerator-Plan als zentralen globalen Lösungsweg zur Beendigung der Krise und zur Wiederherstellung der Gesundheitssysteme und des globalen Wachstums auszurichten, Einigkeit über die ökonomische Grundlage und die Investitionsbegründung für die vollständige Finanzierung des ACT-Accelerators zu erzielen sowie Kräfte auf der politischen Führungsebene zu aktivieren und internationale Unterstützung für eine gerechte weltweite Zuteilung zu mobilisieren.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1581

Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern

Die Kommission hat am 10.09.2020 eine Übergangsverordnung vorgeschlagen, damit Kommunikationsdienste weiterhin freiwillig dabei mithelfen können, den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet aufzudecken und zu entfernen.

Diese Übergangsmaßnahme ist notwendig, da mit der vollständigen Anwendung des Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation ab dem 21.12.2020 bestimmte Online-Kommunikationsdienste, wie Webmail oder Messaging-Dienste, in den Anwendungsbereich der e-Privacy-Richtlinie fallen. Diese Richtlinie enthält keine ausdrückliche Rechtsgrundlage für die freiwillige Verarbeitung von Inhalten oder Verkehrsdaten zum Zwecke der Aufdeckung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet.

Die Anbieter müssten folglich ihre Aktivitäten einstellen, sofern die Mitgliedstaaten keine spezifischen nationalen Maßnahmen ergreifen. Der Vorschlag wird es den Online-Kommunikationsdiensten ermöglichen, ihre Aktivitäten zur Aufdeckung von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet fortzusetzen. Die vorgeschlagene Verordnung bietet gleichzeitig Garantien zur Wahrung der Privatsphäre und zum Schutz personenbezogener Daten.

Das Europäische Parlament und der Rat müssen den Vorschlag noch annehmen. Nach Annahme werden die Regeln bis zum 31.12.2025 in Kraft bleiben.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200910-kampf-gegen-sexuellen-missbrauch-von-kindern_de

Kommission legt erstmalig strategische Vorausschau vor

Die Europäische Kommission hat am 09.09.2020 ihre erste strategische Vorausschau angenommen. Darin sollen neue Herausforderungen und Chancen ermittelt werden, damit die strategischen Entscheidungen der Europäischen Union besser gesteuert werden können.

Die strategische Vorausschau wird in wesentliche politische Initiativen einfließen. Sie wird die Kommission bei der Ausarbeitung zukunftsfähiger Strategien und Vorschriften unterstützen, die sowohl dem derzeitigen Bedarf als auch den längerfristigen Erwartungen der europäischen Bürger*innen gerecht werden. In der Vorausschau 2020 wird dargelegt, weshalb ein solcher Ansatz für die Formulierung der EU-Politik herangezogen wird und zudem das Konzept der Widerstandsfähigkeit der EU umfassend erläutert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1586

Coronavirus: Kommission ergänzt Impfstoffportfolio

Die Europäische Kommission hat am 09.09.2020 Sondierungsgespräche mit BioNTech-Pfizer über den Ankauf eines potenziellen Impfstoffs gegen COVID-19 abgeschlossen. BioNTech-Pfizer ist das sechste Unternehmen, mit dem die Kommission Gespräche zum Abschluss geführt hat; zuvor war dies bereits mit [Sanofi-GSK](#) am 31.07., mit [Johnson & Johnson](#) am 13.08. sowie mit [CureVac](#) am 18.08. und [Moderna](#) am 24.08.2020 der Fall. Ein erster Vertrag, der mit [AstraZeneca](#) geschlossen wurde, ist am 27.08.2020 in Kraft getreten.

Auf der Grundlage des geplanten Vertrags mit BioNTech-Pfizer könnten alle EU-Mitgliedstaaten den Impfstoff erwerben, und er könnte Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gespendet oder an europäische Länder weitergegeben werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Kommission über einen vertraglichen Rahmen für den Ankauf von zunächst 200 Mio. Dosen – zuzüglich einer Option auf den Ankauf weiterer 100 Mio. Dosen – im Namen aller EU-Mitgliedstaaten verfügen wird, die geliefert werden, sobald sich ein Impfstoff als sicher und wirksam gegen COVID-19 erwiesen hat.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1556

Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Klimawandel in Europa

Luftverschmutzung und Lärmbelastung, die Auswirkungen des Klimawandels, wie etwa Hitzewellen, sowie die Exposition gegenüber Chemikalien führen zu Erkrankungen in Europa. Eine niedrige Umweltqualität trägt, gemäß einer am 08.09.2020 von der Europäischen Umweltagentur (EUA) veröffentlichten umfassenden Bewertung von Gesundheit und Umwelt, zu 13 % aller Todesfälle bei.

Laut des EUA-Berichts „Gesunde Umwelt, gesundes Leben: wie die Umwelt die Gesundheit und das Wohlbefinden in Europa beeinflusst“ hat die Umweltverschmutzung durch menschliches Handeln weiterhin einen bedeutenden Anteil an den Krankheitsfällen in Europa.

Der Bericht betont die Schlüsselrolle der Umweltqualität in Europa für Gesundheit und Wohlbefinden. Er zeigt auf, wie soziale Benachteiligung, ungesunder Lebensstil und demografischer Wandel in Europa die Umweltgesundheit beeinflussen, wobei die am meisten Gefährdeten auch am stärksten betroffen sind.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1571

207 bahnbrechende Innovationen zur Corona-Krisenreaktion ausgezeichnet

207 Innovationen zur Bewältigung der Coronakrise werden vom Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) gefördert. Die Innovationsprojekte sind in 32 Ländern angesiedelt und werden über die Krisenreaktionsinitiative des EIT mit insgesamt 60 Mio. Euro unterstützt.

Die ausgewählten Projekte werden dazu beitragen, Lösungen bei Gesundheit und Digitalisierung bis hin zu Ernährung und städtischer Mobilität zu finden.

Zu den ausgewählten Projekten aus Deutschland gehören ein Projekt der Technischen Universität München und der Universität Turin zur COVID-19-Erforschung und ein Projekt der deutschen Firma Roboception, das robotischen Systemen mittels 3D-Wahrnehmung ermöglicht, Aktionen zu planen und auszuführen.

Im Einklang mit der Agenda der Europäischen Kommission für das EIT für den Zeitraum 2021-2027 wird eine [Ausschreibung](#) für eine neue Wissens - und Innovationsgemeinschaft im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft veröffentlicht.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200908-innovationen-corona_de

EU-Verhaltenskodex gegen Hetze im Netz: Auch TikTok macht mit

TikTok ist dem EU-Verhaltenskodex gegen illegale Hetze im Netz beigetreten. Die Videoplattform ist bereits das neunte Unternehmen, das sich verpflichtet, die Verbreitung illegaler Online-Inhalte in Europa zu bekämpfen.

Im Juni von der Kommission veröffentlichte Ergebnisse zeigen, wie wirksam der Kodex ist: Die Technologieunternehmen reagieren demnach immer schneller auf rassistische und fremdenfeindliche Online-Hetze. Allerdings erwartet die Kommission von den Unternehmen mehr Transparenz und eine bessere Rückmeldung an die Nutzer, die Beiträge melden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200908-verhaltenskodex-tiktok_de

Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Am 07.09.2020 erneuerten die Kommission, Gewerkschaften, Handelskammern und Arbeitgeberverbände ihre Zusammenarbeit bei der Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

In der gemeinsamen Erklärung stecken sie künftige Schwerpunktbereiche ab und bekunden ihre Absicht, im Rahmen der 2017 eingerichteten Europäischen Integrationspartnerschaft in Sachen Arbeitsmigration enger zusammenzuarbeiten. Die Unterzeichnenden betonen erneut, wie wichtig ein Ansatz, bei dem verschiedene Interessenträger zusammenwirken, für frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt ist, von der sowohl Flüchtlinge als auch die Gesellschaft insgesamt profitieren.

Auf dieser Grundlage vereinbarten die Unterzeichnenden drei Schwerpunkte für die künftige Zusammenarbeit. Sie wollen Verbindungen zwischen den Interessenträgern in Wirtschaft und Gesellschaft zur besseren Arbeitsmarktintegration schaffen bzw. fördern, Unternehmer stärker unterstützen und die Kompetenzermittlung, -bewertung und -validierung erleichtern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1561

Coronavirus: Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit in der EU

Die Kommission hat am 04.09.2020 einen [Vorschlag für eine Empfehlung des Rates](#) angenommen, um sicherzustellen, dass Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Beschränkung der Freizügigkeit aufgrund der Coronavirus-Pandemie auf EU-Ebene koordiniert und klar kommuniziert werden.

In diesem Vorschlag zeigt die Kommission vier Schlüsselbereiche auf, in denen die Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten sollten:

1. gemeinsame Kriterien und Schwellenwerte für die Mitgliedstaaten als Grundlage für Entscheidungen über die Einführung von Reisebeschränkungen,
2. Kartierung anhand gemeinsamer Kriterien und mithilfe eines vereinbarten Farbcodes,
3. gemeinsamer Rahmen für Maßnahmen, die für Reisende aus Risikogebieten gelten,
4. klare und rechtzeitig Information der Öffentlichkeit über Beschränkungen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1555

Schutz des EU-Haushalts vor Betrug weiter verbessert

2019 wurden weitere wichtige Schritte unternommen, um den EU-Haushalt vor Betrug zu schützen: Die Mitgliedstaaten haben eine EU-Richtlinie über die strafrechtliche Verfolgung von Betrugsfällen im Zusammenhang mit EU-Geldern umgesetzt, die EU hat Regeln für den Schutz von Hinweisgeber*innen und eine neue Betrugsbekämpfungsstrategie angenommen und es wurde eine Europäische Generalstaatsanwältin ernannt.

Das zeigt der 31. Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union, den die Europäische Kommission am 03.09.2020 vorgelegt hat.

Die Maßnahmen bilden eine solide Grundlage, um den europäischen und nationalen Behörden die Betrugsbekämpfung zu erleichtern, zumal die EU große Summen zur Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen einsetzen wird.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200903-schutz-eu-haushalt_de

Online-Dialogreihe zur Zukunft Europas gestartet

Wie stellen sich junge, engagierte Europäer*innen die Zukunft Europas vor? Was ist ihnen wichtig und was erwarten sie von europäischen Politiker*innen? Wie möchten sie an der Gestaltung der Europäischen Union mitwirken?

Diese und andere Fragen stehen im Zentrum der neuen Dialogreihe „#MeinEuropa – junge Menschen und ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas“ der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin.

Die Diskussionsreihe „#MeinEuropa – junge Menschen und ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas“ der Vertretung der Europäischen Kommission stellt das politische Engagement junger Menschen in den Mittelpunkt der Debatte zur künftigen Entwicklung der Europäischen Union. Weitere Diskussionen mit dem Bundesjugendring, dem Chaos Computer Club und anderen sind in Planung.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200902-zukunft-europas_de

Kampf gegen Drogen: Verbot von Isotonitazen

Die Europäische Kommission hat ein EU-weites Verbot von Isotonitazen auf den Weg gebracht. Die psychoaktive Substanz ist ein synthetisches Opioid, das schwere Gesundheitsschäden verursachen und in einigen Fällen zum Tod führen kann. Jetzt ist es am Europäischen Parlament und Rat, das Verbot vor seinem Inkrafttreten zu prüfen.

Die Entscheidung, Isotonitazen zu verbieten, basiert auf einer Risikobewertung der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht. Der erste und der technische Bericht der Beobachtungsstelle sind online verfügbar. Dies ist das erste Verbot nach Inkrafttreten überarbeiteter EU-Vorschriften über psychoaktive Substanzen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200902-verbot-isotonitazen_de

Junge Übersetzer*innen - Übersetzungswettbewerb 2020

Die Europäische Kommission hat am 02.09.2020 den Start für ihren Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“ freigegeben, den sie jedes Jahr für Sekundarschüler*innen aus ganz Europa ausrichtet. Ab dem 02.09.2020 können sich Schulen aus allen EU-Ländern [online anmelden](#), damit ihre Schüler*innen sich mit Gleichaltrigen aus anderen EU-Ländern messen können. In dem Text, den die teilnehmenden Jugendlichen in diesem Jahr übersetzen müssen, geht es darum, dass schwierige Zeiten besser mit vereinten Kräften zu meistern sind.

Die Teilnehmer*innen können beliebig aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen. Das ergibt 552 mögliche Sprachkombinationen. Im Vorjahr kamen insgesamt 150 unterschiedliche Sprachkombinationen zum Einsatz.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_201545

EU und Deutschland unterstützen Reaktion der Afrikanischen Union auf die Coronavirus-Pandemie

Die EU arbeitet weiterhin mit den Mitgliedstaaten zusammen, um die Coronavirus-Pandemie an allen Fronten zu bekämpfen. Am 01.09.2020 wurden weitere 500 000 Coronavirus-Testkits an die afrikanischen Zentren für die Bekämpfung und Prävention von Krankheiten in Addis Abeba (Äthiopien) übergeben.

Die Testkits wurden mithilfe eines Flugs der humanitären Luftbrücke der EU geliefert und sind Teil eines Soforthilfepaketes von 10 Mio. Euro, das die deutsche Regierung als Reaktion auf die anhaltende Coronavirus-Pandemie für die Afrikanische Union bereitstellt. Insgesamt werden den Ländern der Afrikanischen Union fast 1,4 Mio. Tests für die Extraktion und den Nachweis des Virus zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1514

Libanon: EU liefert weitere Hilfsgüter als Reaktion auf die Explosion in Beirut

Am 31.08.2020 erfolgt ein zweiter Flug über die humanitäre Luftbrücke der Europäischen Union (EU) nach Beirut (Libanon). An Bord sind 12 Tonnen lebenswichtiger humanitärer Hilfsgüter und medizinischer Ausrüstungen, darunter ein mobiles Krankenhaus und Gesichtsmasken. Die Transportkosten des Fluges werden vollständig von der EU getragen, während die Fracht von den spanischen Behörden, der Philips Foundation und der Universität Antwerpen bereitgestellt wurde.

Das zur Verfügung gestellte Material wird den Menschen, die von den Folgen der Explosion im Hafen von Beirut und der sich verschärfenden Coronavirus-Pandemie am stärksten betroffen sind, dabei helfen, ihre medizinischen Bedürfnisse zu decken. Es handelt sich um den zweiten im Rahmen der humanitären Luftbrücke der EU durchgeführten Flug.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1537

Weltweite Corona-Krisenreaktion: globaler Impfstoffzugang

Die Europäische Kommission hat am 31.08.2020 ihr Interesse bekräftigt, der COVAX-Fazilität für einen fairen, weltweiten Zugang zu einem bezahlbaren COVID-19-Impfstoff für alle, die ihn benötigen, beizutreten. Von Seiten des „Team Europa“ kündigt die Kommission auch einen Haftungsbeitrag von 400 Mio. Euro zur Unterstützung von COVAX und ihren Zielen im Rahmen der weltweiten Corona-Krisenreaktion an.

Die COVAX-Fazilität unter Federführung der Impfstoff-Allianz Gavi, der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) und der WHO will die Entwicklung und Herstellung von COVID-19-Impfstoffen beschleunigen und für einen weltweit fairen Zugang sorgen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1540

Hilfsprogramm für die türkisch-zyprische Gemeinschaft

Die Kommission nimmt am 25.08.2020 ein zweites Jahresaktionsprogramm zur Unterstützung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft an. Dieses zweite Aktionsprogramm ist mit insgesamt 31,6 Mio. Euro ausgestattet, mit denen neue Projekte unterstützt werden sollen, die die Wiedervereinigung Zyperns fördern. Die Mittel ergänzen die 5 Mio. Euro, die in diesem Jahr bereits bewilligt wurden.

Zu den Prioritäten des Programms gehört die Unterstützung der Vorbereitung und Finanzierung wichtiger Infrastrukturprojekte und des Umweltschutzes.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1490

Coronakrise: SURE –Bereitstellung von 81,4 Mrd. Euro für 15 Mitgliedstaaten vorgeschlagen

Die Europäische Kommission hat dem Rat Vorschläge für Beschlüsse zur Gewährung finanzieller Unterstützung im Rahmen des „SURE“-Instruments vorgelegt. Insgesamt sollen 81,4 Mrd. Euro für 15 Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.

Das „SURE“-Instrument ist ein wichtiges Element der umfassenden Strategie der EU zum Schutz der Bürger*innen und zur Abfederung der schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen der Coronavirus-Pandemie. Es ist eines der drei Sicherheitsnetze, auf die sich der Europäische Rat zum Schutz von Arbeitnehmer*innen, Unternehmen und Ländern verständigt hat.

Vorbehaltlich der Billigung der Vorschläge durch den Rat wird die finanzielle Unterstützung den Mitgliedstaaten in Form von Darlehen gewährt, die die EU zu günstigen Bedingungen bereitstellt. Diese Darlehen sollen den Mitgliedstaaten dabei helfen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu bewältigen, der mit ihren Beschäftigungserhaltungsmaßnahmen einhergeht.

Konkret soll den Mitgliedstaaten dadurch ermöglicht werden, die Kosten zu decken, die ihnen unmittelbar durch die Finanzierung nationaler Kurzarbeitsregelungen sowie ähnlicher Maßnahmen, insbesondere für Selbstständige, entstehen, die sie in Reaktion auf die derzeitige Coronavirus-Pandemie ergriffen haben.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1496

Europäische Bürgerinitiative: Registrierung der Initiative „Right to Cure“

Die Europäische Kommission hat am 21.08.2020 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative „Right to Cure“ zu registrieren. Die Organisatoren der Bürgerinitiative fordern die Union auf, „die Belange der öffentlichen Gesundheit vor private Gewinne zu stellen [und] Impfstoffe und Behandlungen im Zusammenhang mit Pandemien zu einem globalen öffentlichen Gut zu machen, das für alle frei zugänglich ist“.

Die Europäische Bürgerinitiative nennt folgende Ziele:

1. „sicherzustellen, dass Rechte des geistigen Eigentums, einschließlich Patente, die Zugänglichkeit oder Verfügbarkeit künftiger COVID-19-Impfstoffe oder Behandlungen nicht behindern;
2. sicherzustellen, dass die EU-Rechtsvorschriften über Daten und Marktexklusivität die unmittelbare Wirksamkeit der von den Mitgliedstaaten erteilten Zwangslizenzen nicht einschränken;

3. rechtliche Verpflichtungen für Empfänger von EU-Mitteln einzuführen, um die gemeinsame Nutzung des Fachwissens im Bereich der Gesundheitstechnologien mit Bezug zu COVID-19, des geistigen Eigentums und/oder der Daten im Rahmen eines Technologie- oder eines Patentpools sicherzustellen;
4. rechtliche Verpflichtungen für Empfänger von Mitteln aus EU-Fonds einzuführen, um die Transparenz in Bezug auf öffentliche Beiträge, Produktionskosten sowie Zugänglichkeits- und Erschwinglichkeitsklauseln in Verbindung mit nicht ausschließlichen Lizenzen sicherzustellen.“

Die Kommission ist der Auffassung, dass die Bürgerinitiative die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und deshalb rechtlich zulässig ist. Sie hat daher beschlossen, sie zu registrieren. Eine inhaltliche Prüfung der Bürgerinitiative hat die Kommission zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1499

COVID-19: Intensivmedizinische Weiterbildung in Krankenhäusern

Die Europäische Kommission unterstützt im Rahmen der COVID-19-Pandemie über das [Soforthilfeinstrument](#) die Weiterbildung von medizinischem Personal in den EU-Staaten mit 2,5 Mio. Euro. Konkret sollen medizinische Fachkräfte, die nicht regelmäßig auf Intensivstationen arbeiten, intensivmedizinische Schulungen erhalten.

So kann die Kapazität der Intensivstationen bei Bedarf schnell vorübergehend erweitert werden. EU-weit sollen mindestens 1.000 Krankenhäuser und 10.000 Ärzt*innen sowie Pflegefachkräfte davon profitieren. Die Europäische Gesellschaft für Intensivmedizin wird die Weiterbildungen bis Dezember 2020 umsetzen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200819-corona-weiterbildung-krankenhaeuser_de

Coronavirus: Verlängerung für die Kulturhauptstädte Europas bis 2021

Angesichts der Auswirkungen der Coronavirus-Krise hat die Europäische Kommission am 18.08.2020 vorgeschlagen, Rijeka (Kroatien) und Galway (Irland) die Möglichkeit zu geben, ihr Jahr als Kulturhauptstädte Europas 2020 bis zum 30.04.2021 zu verlängern. Die Kommission schlägt ferner vor, dass Novi Sad (Serbien) nicht im Jahr 2021, sondern im Jahr 2022 Kulturhauptstadt Europas sein soll und die Städte Timișoara (Rumänien) und Elefsina (Griechenland) den Titel im Jahr 2023 und nicht 2021 tragen sollen.

Seit Ausbruch der Coronavirus-Krise steht die Kommission in engem Kontakt mit den Teams aller Kulturhauptstädte Europas von 2020 bis 2023, um die Auswirkungen auf die Durchführung und Vorbereitung der laufenden und künftigen Programme der Kulturhauptstädte Europas besser zu verstehen.

Der Vorschlag der Kommission wird nun dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Prüfung und endgültigen Annahme vorgelegt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1474

Welttag der humanitären Hilfe

Anlässlich des Welttages der humanitären Hilfe am 19.08.2020 haben der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell und der EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, Janez Lenarčič, den Einsatz von humanitären Helfer*innen gewürdigt. „Wir würdigen ihren Mut und die Leidenschaft, mit der sie sich für Hilfsbedürftige einsetzen. Leider wurden seit 2019 180 humanitäre Helfer*innen getötet und 170 entführt. Die Rettung von Menschenleben sollte niemals Menschenleben kosten. Deshalb muss unbedingt das humanitäre Völkerrecht geachtet werden, zum Schutz der humanitären Helfer*innen und der Zivilbevölkerung“, so Borrell und Lenarčič in einer gemeinsamen Erklärung.

Mit dem Welttag der humanitären Hilfe wird an den Jahrestag des Bombenanschlags auf das UN-Hauptquartier in Bagdad (Irak) im Jahr 2003 erinnert, bei dem 22 Mitarbeitende von humanitären Hilfsorganisationen ums Leben kamen.

Durch die COVID-19-Pandemie ist die Zahl der Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, gestiegen. In Konfliktgebieten werden zudem immer wieder Zivilisten bei gezielten oder willkürlichen Angriffen getötet oder verwundet. Anfang 2019 gab es etwa 70,8 Mio. Vertriebene aufgrund von Konflikten, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Mit dem Klimawandel nimmt die Bedrohung durch humanitäre Krisen dramatisch zu. Die acht schwersten Nahrungsmittelkrisen hängen sowohl mit Konflikten als auch mit Klimaschocks zusammen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200818-welttag-der-humanitaeren-hilfe_de

■ Veranstaltungen

Europäische Woche der Regionen und Städte 2020

Die Europäische Woche der Regionen und Städte ist eine jährliche Veranstaltung in Brüssel, bei der Vertreter*innen von Regionen und Städten sowie Expert*innen und Wissenschaftler*innen bewährte Verfahren und Know-how im Bereich der regionalen und städtischen Entwicklung austauschen.

Die Woche steht 2020 unter dem Motto „Neustart. Europa. Gemeinsam“ und wird sich erstmals über drei Wochen erstrecken: vom **05. bis 22.10.2020**.

Die erste Woche widmet sich dem Thema „Befähigung der Bürgerinnen und Bürger“, die zweite Woche dem Komplex „Zusammenhalt und Zusammenarbeit“ und die dritte Woche dem Thema „Grünes Europa, in Zusammenarbeit mit der Grünen Woche“.

Die mehr als 500 geplanten Sitzungen finden diesmal ausschließlich digital statt. Die Ausstellungen werden durch virtuelle interaktive Ausstellungen ersetzt.

Das detaillierte Programm finden Sie auf der Internetseite der Europäischen Woche der Regionen und Städte. Dort können Sie sich bis zum **27.09.2020** auch online für Sitzungen anmelden.

Weitere Informationen: https://europa.eu/regions-and-cities/home_en